

Bericht	Geschäftsbereich	Zentrale Dienstleistungen
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 403 - Finanzen
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Frank Ellinghaus 563 6101 563 8032 frank.ellinghaus@stadt.wuppertal.de
	Datum:	01.06.2006
	Drucks.-Nr.:	VO/0630/06 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
13.06.2006	Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung	Entgegennahme o. B.
Massive Verschlechterungen für den Haushalt 2006/2007		

Grund der Vorlage

Im Sozial- und Kindergartenbereich sind aufgrund von der Stadt Wuppertal nicht beeinflussbarer Entwicklungen erhebliche Verschlechterungen gegenüber der Haushaltsplanung 2006/2007 zu erwarten.

Beschlussvorschlag

Der Bericht der Verwaltung wird ohne Beschluss entgegen genommen.

Unterschrift

Dr. Slawig

Begründung

Allein in den nachstehend genannten Bereichen ergeben sich aufgrund von Fallzahlsteigerungen sowie gesetzlichen Änderungen massive Verschlechterungen für den städtischen Haushalt im Umfang von deutlich über 10 Mio. €.

- Aufgrund des Anstiegs der Zahl der Bedarfsgemeinschaften von rd. 19.000 im Januar 2005 auf inzwischen rd. 24.000 (mit rd. 45.000 Personen) im März 2006 erhöhen sich die Ausgaben bei den „Leistungen für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende nach § 22 SGB II“ voraussichtlich um rd. 9,5 Mio. € gegenüber den eingeplanten 87,4 Mio. €. Bei der derzeitigen anteiligen Bundesfinanzierung von 29,1 % an diesen Kosten verbleibt hiernach eine Netto-Mehrbelastung für die Stadt in Höhe von über 6,7 Mio. €. Zusätzlich muss auch für den gleichen Empfängerkreis der Ansatz für „einmalige Leistungen nach § 23 Abs. 3 SGB II“ von 2,6 Mio. € um 0,6 Mio. € überplanmäßig erhöht werden. Vgl. hierzu auch Drs. Nr. VO/0450/06.
- Aufgrund gesetzlicher Änderungen ist ebenfalls ein erheblicher Anstieg der Fallzahlen im Bereich der Hilfeempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu verzeichnen. Hierdurch ergibt sich im Unterabschnitt 4200 ein zusätzlicher Bedarf in Höhe von 2,44 Mio. €. Vgl. hierzu die Drucksache Nr. VO/0603/06.
- Aufgrund des Beschlusses des Landtags NRW vom 17.05.2006 zum Haushaltsbegleitgesetz haben sich gravierende Verschlechterungen bei der Landesförderung für Tageseinrichtungen für Kinder ergeben.
Die Landeszuschüsse für die Betriebskosten werden – nach Darstellung des Landes nur einmalig im Jahr 2006 - erheblich gekürzt, so dass sich Mindereinnahmen im Umfang von rd. 760.000 € bei den freien Trägern und rd. 550.000 € bei den städtischen Einrichtungen ergeben werden. Darüber hinaus werden strukturelle Kürzungen zu jährlichen Mindereinnahmen von rd. 1,34 Mio. € für den Haushalt führen, die zum 1.7.2006 wirksam werden und sich in diesem Jahr anteilig mit einer Verschlechterung von rd. 670.000 Euro auswirken werden.
Insbesondere für die strukturellen Mindereinnahmen muss zwingend durch Einnahmesteigerungen und Ausgabekürzungen eine haushaltsneutrale Finanzierung sichergestellt werden. Dazu wird die Verwaltung den Ratsgremien in der zweiten Jahreshälfte 2006 geeignete Vorschläge vorlegen.